

Warteschleife:

Kommission prüft deutsche NAP-Tabelle immer noch

Ein Wechselbad der Gefühle erleben die deutschen Anlagenbetreiber derzeit in Bezug auf die noch ausstehende Genehmigung der deutschen NAP-Tabelle durch die zuständige Abteilung der EU-Kommission. Dem Vernehmen nach soll eine überarbeitete Version der Tabelle am 28. Oktober von der Bundesregierung nach Brüssel übermittelt worden sein. Der Datensatz mit einer genauen Auflistung der Gesamtzuteilungsmenge, der Anzahl der Berechtigungen für die Reserve sowie der jährlichen Zuteilungsmenge pro Anlage muss von der EU-Kommission genehmigt und in das europäische Zentralregister CITL eingestellt werden. Nur wenn diese Tabelle exakt mit jener der Deutschen Emissionshandelsstelle übereinstimmt, kann die DEHSt per Knopfdruck die EU-Allowances auf die Registerkonten weiterleiten.

Das alles entscheidende Dokument soll zurzeit auf dem Schreibtisch von Yvon Slingenberg liegen. Sie ist Leiterin der Abteilung Marktwirtschaftliche Instrumente einschließlich Emissionshandel in der EU-Kommission

und für die Genehmigung der Tabelle zuständig.

Unterdessen schießen die Gerüchte ins Kraut. Gesichert scheint bislang nur, dass sich die Bundesregierung mit Brüssel nach langwierigen Beratungen auf einige geringe Korrekturen der nationalen Zuteilungstabelle geeinigt hat. Franzjosef Schafhausen vom Bundesumweltministerium hatte auf dem Emissionshandelsseminar des Vereins Deutscher Ingenieure in Bonn in dieser Woche mitgeteilt, dass die Differenzen mit der EU „geklärt“ seien. Seine Hoffnung, dass die Emissionsberechtigungen für die zweite Handelsperiode womöglich noch innerhalb des laufenden Monats ausgeteilt würden, dürften sich mittlerweile jedoch zerschlagen haben.

Ein Vertreter der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) hatte die Aussagen Schafhausens zur Ausgabe der EUAs auf Anfrage von Dow Jones TradeNews Emissions jedoch unmittelbar nach Schafhausens Aussage als „sehr sportlich“ bezeichnet. Die Ausgabe hänge davon ab, was an der NAP-Tabelle noch zu ändern sei.

Mehr: Seite 2

Nicht vorschnell auf Auktionierung verzichten

Augenmaß. Bestimmte energieintensive Industriebranchen vorschnell von der vorgesehenen Pflicht zur Ersteigerung von CO₂-Emissionsrechten auszunehmen, könnte mehr wirtschaftlichen Schaden anrichten als Nutzen bringen. Diese Meinung haben Emissionshandelsexperten der Internationalen Energieagentur (IEA) und der Universität Cambridge im Gespräch mit Journalisten vertreten.

Die möglichst flächendeckende Versteigerung von CO₂-Rechten sei wichtig, weil dadurch langfristig das richtige Preissignal für Kohlendio-

xid gegeben werde und die Unternehmen Planungssicherheit für ihre Investitionen bekämen, sagte Karsten Neuhoﬀ von der Universität Cambridge. EU-Unternehmen, die durch den Emissionshandel Wettbewerbsnachteile gegenüber Konkurrenten aus Staaten ohne solche Klimaschutzvorgaben zu fürchten hätten (Carbon Leakage), könne auch geholfen werden, ohne ihnen kostenlose Emissionsrechte zu geben. Ähnlich äußerte sich Julia Reinaud, die gerade für die IEA eine Studie zu Carbon Leakage gemacht hat.

Mehr: Seite 8

ECX EUA-Future Dez. 2008



Inhalt

Kritik

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel wegen der EU-Klimaverhandlungen scharf angegriffen. 3

Reibungslos

Die Kopplung von ITL mit CITL und der CER-Transfer verlief ohne Probleme. 5

Vorreiter

Großbritannien verabschiedet ein umfassendes Klimagesetz und verankert als erster Staat gesetzlich ein verbindliches Minderungsziel. 6

Gelegenheit

Klimaforscher sieht in Finanzkrise auch Chancen. 12

Analyse

Andreas von Saldern von der ESolutions GmbH geht Chancen und Risiken des fallenden CO₂-Preises auf den Grund. 13

Vorstoß

Russland will gegen das Abfackeln von Erdölgas vorgehen. 15

Aufruf

Die Internationale Energieagentur drängt auf Fortschritte bei der CCS-Technologie. 16

CO₂-Preisseite

18

News Deutschland

Fortsetzung von Seite 1

Schadenersatzansprüche schwer durchsetzbar

Müssten größere Änderungen vorgenommen werden, sei die Ausgabe der Zertifikate noch in diesem Monat kaum zu realisieren, sagte der DEHSt-Sprecher. Im CO₂-Markt wurden die Äußerungen Schafhausens sofort mit Preisabschlägen auf den Benchmark-Kontrakt Dezember 2008 quittiert: der Preis gab um 0,50 EUR nach. Der CO₂-Markt zeigte sich im gesamten Wochenverlauf überaus nervös. An den Börsen wurden neue Handelsrekorde verbucht (siehe dazu Marktbericht auf Seite 9).

Je näher der 1. Dezember rückt, desto gereizter werden die Marktteilnehmer. In dem einen oder anderen Unternehmen wird dem Vernehmen nach schon über Schadenersatzklagen nachgedacht. Nach Ansicht von Rechtsanwalt **Stefan Altenschmidt** von der Sozietät **Freshfields Bruckhaus Deringer** in Düsseldorf ist es in der momentanen Situation aber gar nicht so einfach, einen „Sündenbock“ auszumachen gegen den man eine entsprechende Klage erheben könne. Rein theoretisch kämen zwei Gegner in Betracht: die Deutsche Emissionshandelsstelle und die Europäische Kommission selbst. Gegen die DEHSt könnte laut Altenschmidt nur rechtlich vorgegangen werden, wenn sie rechtswidrig ihre Amtspflichten verletzt habe. „Die DEHSt kann aber die Zertifikate gar nicht ausgeben, weil die NAP-Tabelle noch nicht genehmigt ist. Sie müsste zwar nach deutschem Recht die Zertifikate zuteilen. Diese Pflicht wird aber durch Gemeinschaftsrecht überlagert“, erläutert Altenschmidt. Nach derzeitiger Kenntnislage habe sich die DEHSt keiner Amtspflichtverletzung schuldig gemacht. Auch im Falle der EU-Kommission müsse man sich die Frage stellen, ob Brüssel seine Pflichten rechtswidrig verletze oder nicht vielmehr seinen Aufgaben nachkomme. Diese sehen unter anderem die genaue Prüfung der Zuteilungstabellen der Mitgliedsstaaten vor.

Silvia Rausch-Becker

Gastbeitrag

NAP-Tabelle als letztes Ausgabehindernis

Nach Auskunft des Bundesumweltministeriums haben sich Kommission und Bundesregierung am 28. Oktober 2008 auf geringe Korrekturen der nationalen Zuteilungstabelle geeinigt. Die geänderte nationale Zuteilungstabelle wird der Kommission jetzt übermittelt, so dass mit einer Ausgabe der Berechtigungen in den nächsten Tagen gerechnet werden kann.

Die Europäische Kommission hatte der Bundesregierung am 15. Oktober 2008 mitgeteilt, dass sie den deutschen Nationalen Allokationsplan vom 13. Februar 2007 nicht erneut gemäß Art. 9 Abs. 3 der Emissionshandlungsrichtlinie 2003/87/EG (RL) ablehnen wird, sondern die Änderungsvorschläge Deutschlands akzeptiert. Damit lagen die in Art. 11 Abs. 2 RL vorgesehenen Voraussetzungen für eine Zuteilung von Berechtigungen in Deutschland endlich vor. Nachdem die Zuteilungsverfahren bereits seit Februar 2008 abgeschlossen sind, hätten die Berechtigungen eigentlich sofort ausgegeben werden können, wäre nicht die NAP-Tabelle gewesen.

Bei dieser NAP-Tabelle handelt es sich um einen Datensatz des jeweiligen Mitgliedsstaates, der für das europäische Emissionshandlungsregister (CITL) bestimmt ist. Es soll das CITL in die Lage versetzen, zu kontrollieren, ob die an einem Anlagenbetreiber auszugebende Menge an Berechtigungen seiner Zuteilung entspricht. Ihre Grundlage hat die nationale Zuteilungstabelle in Art. 24 Abs. 2 und Art. 44 der Registerverordnung (EG) Nr. 2216/2004. Art. 24 Abs. 2 Register-VO bestimmt, dass das CITL für jeden Mitgliedsstaat eine nationale Zuteilungstabelle enthalten muss. Artikel 44 der Register-Verordnung regelt, wer die nationale Zuteilungstabelle erstellt, auf welcher Grundlage sie beruhen muss und wer dafür sorgt, dass die nationale Zuteilungstabelle in das CITL integriert wird.

Zuständig für die Anfertigung des Datensatzes ist danach der jeweilige Mitgliedsstaat. Er hat die nationale



Rechtsanwalt Stefan Kobes

Zuteilungstabelle der Kommission zu übermitteln, sobald er die Entscheidung über die Zuteilung nach Art. 11 Abs. 2 RL getroffen hat, im Fall von Deutschland also nach Beendigung der Zuteilungsverfahren.

Sofern die nationale Zuteilungstabelle auf Grundlage des nationalen Zuteilungsplans erstellt wurde, weist die Kommission nach Art. 44 Abs. 1 Register-VO den Zentralverwalter des CITL an, die nationale Zuteilungstabelle in das CITL aufzunehmen. Solange diese Weisung fehlt, kann der Datensatz nicht in das CITL integriert werden.

Eine Ausgabe von Berechtigungen scheidet dann daran, dass das CITL jede Transaktion zur Ausgabe von Berechtigungen abbricht, bei der es nicht prüfen kann, ob die auszugebende Menge mit der in der nationalen Zuteilungstabelle genannten Zuteilungsmenge in Einklang steht. Die erste Fassung der nationalen Zuteilungstabelle ist der Kommission von der Bundesrepublik im Februar 2008 übermittelt worden. Nachdem in Einzelfragen Klärungsbedarf bestand, hatte es bis zuletzt Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Kommission über die nationale Zuteilungstabelle gegeben.

RA Stefan Kobes, Luther
Rechtsanwalts-gesellschaft mbH

Glos kritisiert Gabriel wegen EU-Klimaverhandlungen

Kritik. Bundeswirtschaftsminister **Michael Glos** hat Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel** im Zusammenhang mit dem geplanten EU-Klimaschutzpaket scharf angegriffen. In einem Brief an seinen Kabinettskollegen kritisierte Glos laut einem Bericht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ Gabriels Verhandlungsführung beim jüngsten Treffen der EU-Umweltminister. Wie die Nachrichtenagentur AFP meldet, hat der SPD-Politiker dort in der Frage der Versteigerung von Emissionszertifikaten „die gemeinsame Regierungslinie verlassen“.

Die auf dem Umweltrat ausgesandten Signale schadeten der Regierungslinie und dem Standort Deutschland. Im einzelnen kritisierte Glos, Gabriel habe bei dem Treffen am 20. Oktober nur vier Branchen des produzierenden Gewerbes benannt, die aus seiner Sicht von der ab 2013 EU-weit geplanten Versteigerung von Kohlendioxidzertifikaten dauerhaft ausgenommen werden sollen. Somit wären 67% der Emissionen der produzierenden Industrie von der für die Unternehmen teuren Versteigerung ausgenommen.



Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat Umweltminister Sigmar Gabriel stark kritisiert.

Sein Ministerium fordere aber eine weitergehende Regelung, die 97% der Emissionen freistelle, stellte Glos klar. Zwischen beiden Häusern habe Einvernehmen darüber bestanden, dass der Regierungskompromiss „zwischen den Ausgangspositionen beider Häuser“ liegen werde. „Eine einseitige Einbringung Ihrer Position in den Verhandlungsprozess ist für mich nicht akzeptabel“, schrieb Glos dem Bericht zufolge. Der CSU-Politiker forderte erneut eine „vollständige Befreiung des gesamten produzierenden Gewerbes von der Ver-

steigerung“. Nur so könne Deutschland ökonomisch wie ökologisch kontraproduktive Standort- und Arbeitsplatzverlagerungen vermeiden und gleichzeitig klimaschutzpolitisch motivierte Ziele sicherstellen.

Glos kritisierte weiter, Gabriel habe bei dem Treffen eine deutsche Zustimmung zu dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Solidaritätsbonus beim Emissionshandel zugunsten der osteuropäischen Mitgliedsländer angeboten. Dies stelle ebenfalls die Position der Bundesregierung in Frage und sei „angesichts der für Deutschland ohnehin anstehenden Zusatzbelastung nicht hinnehmbar“. Auch habe Einvernehmen darüber bestanden, dass jeder EU-Mitgliedsstaat seine für 2012 eingegangenen völkerrechtlichen Kyoto-Verpflichtungen „zumindest im Jahr 2020 einhält“, kritisierte Glos. Gabriel habe auch diese deutsche Forderung „zur Disposition gestellt“.

Die EU will ihr Klimaschutzpaket bis Dezember unter Dach und Fach bringen. Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß um 20% verringert werden. Die Verteilung der Lasten ist aber unter den Mitgliedsstaaten noch stark umstritten.

Glasindustrie fürchtet um künftige Wettbewerbsfähigkeit

Position. Die deutsche Glasindustrie sorgt sich um ihre Wettbewerbsfähigkeit. Neben den zuletzt stark gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen setze auch der von der EU-Kommission geplante Emissionshandel mit Kohlendioxid-Zertifikaten die Branche unter Druck, warnte der Bundesverband Glasindustrie (BV Glas).

Bei einer Umsetzung des Emissionshandels in der geplanten Form kämen auf die deutsche Glasindustrie jährliche Mehrkosten von 257 Mio EUR zu, sagte Verbandspräsident **Paul Neeteson**. „Der Kostenaufwand für die Ersteuerung der Zertifikate würde die Gewinne der Industrie aufzehren und eine Produktion in Deutschland unrentabel machen“, fügte er hinzu.

Nach dem Vorschlag der EU-Kommission sollen Unternehmen künftig die Rechte für den Ausstoß von Treibhausgasen ersteigern. Die Glasindustrie setzt sich dagegen für eine freie Zuteilung für die Glas produzierenden Betriebe ein.

Basis für die Zuteilung sollen EU-weite, brennstoffspezifische Standards sein, die sich am aktuellen Stand der Produktionstechnik orientieren.

Die deutsche Glasindustrie konnte ihren Umsatz im ersten Halbjahr dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum 2007 um 1,5% auf 4,3 Mrd EUR ausbauen. Die Zahl der Beschäftigten blieb mit rund 49.000 unverändert. Die Folgen der Finanzkrise für die Branche seien „noch nicht absehbar“, sagte Neeteson.

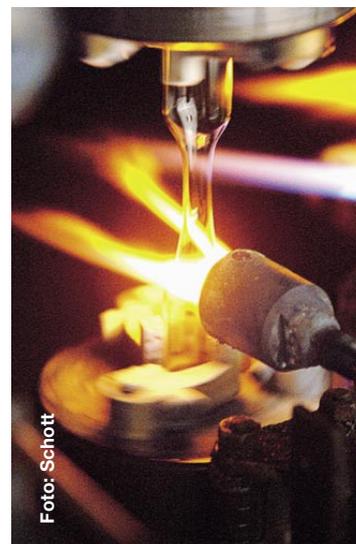


Foto: Schott

Die Glasindustrie fürchtet um ihre Wettbewerbsfähigkeit.

News Deutschland

CO₂-Handel soll moderne Kohlekraftwerke finanzieren

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel will die deutsche Wettbewerbsfähigkeit beim Bau von Kraftwerken, insbesondere von modernen Kohlekraftwerken, über die Auktionierung der CO₂-Zertifikate fördern. Die Beihilfen sollen nicht auf die Kraftwerksprojekte von Stadtwerken beschränkt bleiben, sondern auch an die Energiekonzerne fließen, sofern ihre Kraftwerksneubauten mit der Schließung von Altanlagen einhergehen.

„Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit beim Kraftwerkbau durch den Emissionshandel finanzieren“, erklärte er bei der Tagung „Stadtwerke der Zukunft“ in Berlin. Als Begründung verwies er darauf, dass die geplante Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate den französischen Stromversorgern, die vorwiegend



Sigmar Gabriel

Atomstrom produzieren, Wettbewerbsvorteile bringe. Es dürfe nicht dazu kommen, dass diese in der Folge mit dem Einkaufswagen durchs Land führen, sagte er.

Bundesregierung und Bundestag hätten sich für eine 100%-Auktionierung der CO₂-Zertifikate ausgesprochen. „Dass es dabei Ausnahmen für Industriebranchen im internationalen Wettbewerb geben muss, ist klar. Aber wir müssen die Windfall Profits der vier großen Stromer abschöpfen und in die Modernisierung der Erzeugung investieren“, sagte der Bundesumweltminister. Es müsse aber eine Lösung dafür gefunden werden, dass sich ein neues hocheffizientes Kohlekraftwerk in einer schlechteren Wettbewerbssituation befinde als ein altes abgeschriebenes Kohlekraftwerk. „Deshalb bin ich der Überzeugung, dass wir im Rahmen des Emissionshandels auch die Modernisierung von Kohlekraftwerken brauchen“, sagte Gabriel. Die Mittel aus der Auktionierung sollten in neue Kraftwerk-Projekte gelenkt werden.

„Unser Vorschlag heißt Investitionskostenzuschläge für neue Marktteil-

nehmer oder wenn das hocheffiziente Kraftwerk verbunden ist mit der Schließung einer Altanlage“, erklärte Gabriel.

Damit deutet sich an, dass anders als bislang verlautet nicht nur Kraftwerkprojekte von Stadtwerken gefördert werden sollen, sondern auch die Neuanlagen der großen Stromkonzerne, sofern dafür alte Kraftwerke stillgelegt werden. Bis-

lang wollte Gabriel den Empfängerkreis auf die Projekte von Stadtwerken beschränken. Zusätzlich zu den im Bau befindlichen Kohlekraftwerken sei noch der Bau von 8 bis 12 weiteren Kohlekraftwerken erforderlich, meinte Gabriel.

Der Präsident des **Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU)** und Oberbürgermeister der Stadt Hannover, **Stephan Weil**, begrüßte die Förderabsichten. „Die Details der Förderung sind noch nicht bekannt. Ich finde es aber richtig, nicht danach zu gehen, welcher Energieträger eingesetzt wird, sondern welche CO₂-Ersparnis erzielt wird“, sagte er. Er kündigte an, dass sich Stadtwerke bei ihren Investitionen in die Stromerzeugung nicht nur auf Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Koppelung konzentrieren werden. „Die Stadtwerke beteiligen sich auch an Kohle-Projekten“, erklärte er. In den nächsten Jahren würden die Stadtwerke schätzungsweise 6 Mrd EUR in die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien, Gas und Kohle investieren.

Gerwin Klinge, Berlin

Steuermoratorium für schadstoffarme Autos

Vorschlag. Die **Bundesregierung** will die Kfz-Steuer für schadstoffarme Neufahrzeuge zwei Jahre aussetzen und so der kriselnden Automobilwirtschaft unter die Arme greifen. Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** (SPD) werde diesen Vorschlag den Bundesländern unterbreiten, sagte Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel** (SPD) im ARD Morgenmagazin. Die Bundesländer müssen der Initiative zustimmen, weil die Kfz-Steuer in ihren Haushalt fließt. Laut Gabriel muss mit den Bundesländern nun überlegt werden, wie man den Steuerausfall zwischen Bund und Ländern aufteile. „Den wollen wir natürlich den Ländern nicht alleine aufbürden“, sagte er. Ziel der Initiative sei es, „besonders saubere Fahrzeuge“ befristet von der Kfz-Steuer ausnehmen. Später solle dann die Kfz-Steuer auf CO₂ als Bemessungsgrundlage umgestellt werden.

Der „Rheinischen Post“ zufolge soll die geplante Regelung für Neuwagen der Schadstoffklassen Euro-5 und Euro-6 ab 2009 gelten. Autos der Abgasnorm Euro-4, zu der alle Neuzulassungen der vergangenen drei Jahre gehören, würden für ein Jahr steuerbefreit. Die Neuregelung soll Ergebnis eines Spitzengesprächs zwischen Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, Steinbrück und Bundeswirtschaftsminister **Michael Glos** nach der jüngsten Kabinettsitzung sein. Die Steuerausfälle werden dem Bericht zufolge für das kommende Jahr auf 2 Mrd EUR beziffert.

CDP6-Bericht für Deutschland online

Veröffentlicht. Zum dritten Mal sind die Antworten deutscher Unternehmen im Rahmen der internationalen Umfrage des **Carbon Disclosure Project** ausgewertet worden. Der Bericht „**Carbon Disclosure Project Deutschland 2008**“ kann unter www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/CDP_Bericht_08_dt_150dpi.pdf abgerufen werden.

News zu den Registern

**Überblick über NAP2: Revisionen und Uploads
(Stand: 21. Oktober 2008)**

	NAP2 Revision gemeldet	NAP2 Tabelle gemeldet	NAP2 Revision durch EU genehmigt	Bekannt- gabe NAP2 Tabelle	Register für Ausgabe freige- schaltet
Belgien	■	■	■	■	■
Bulgarien					
Dänemark	■	■		■	■
Deutschland	■	■	■		
Estland	■	■			
Finnland	■	■	■	■	■
Frankreich	■	■	■	■	■
Griechenland	■	■	■	■	■
Großbritannien	■	■	■	■	■
Irland	■	■	■	■	■
Italien	■	■			
Lettland	■	■	■	■	■
Litauen	■	■			
Luxemburg	■	■	■	■	■
Malta	■	■			
Niederlande	■	■	■		
Österreich	■	■	■	■	■
Polen	■	■			
Portugal	■	■	■	■	■
Rumänien	■	■	■		
Schweden	■	■	■	■	■
Slowakei	■	■	■	■	■
Slowenien	■	■	■	■	■
Spanien	■	■	■	■	■
Tschechien	■	■	■	■	■
Ungarn					
Zypern					
Liechtenstein ¹⁾	■	■	■	■	
Norwegen ¹⁾	■	■			

¹⁾ NAP und NAP-Tabelle werden von EFTA-Überwachungsbehörde genehmigt

Quelle: EU-Kommission

CER-Transfer verlief ohne Probleme

Meilenstein. Die Kopplung des internationalen Registers ITL mit dem europäischen Zentralregister CITL und den jeweiligen nationalen Registerstellen hat reibungslos funktioniert. Wie ein Sprecher der **Deutschen Emissionshandelsstelle** (DEHSt) bestätigte, wurden „Minderungszertifikate in Millionenhöhe auf die deutschen Registerkonten weniger Begünstigter transferiert“.

Eigentlich wollte die DEHSt den Transfer der Minderungsgutschriften aus dem CDM-Register des UN-Klimaschutzsekretariats im Offline-Modus abwickeln. Man habe sich aber entschlossen, die Registerkonten früher als geplant (vorgesehen war ursprünglich der 24. Oktober) wieder für die Kontoinhaber zugänglich zu machen. „Massentransaktionen fassen wir nach den frühen Erfahrungen mit dem CITL lieber mit Samthandschuhen an“, sagte ein Sprecher der DEHSt. In der Anfangsphase des EU-Emissionshandels hatte es immer wieder technische Probleme in der Zusammenarbeit der nationalen Register mit dem CITL gegeben. Am 22. Oktober habe das Zusammenspiel zwischen allen Beteiligten aber gut funktioniert.

Britisches CO₂-Register wieder online

Startpunkt. Das CO₂-Register Großbritanniens ist wieder online und mit CITL und ITL verknüpft. Anlagenbetreiber sollen in der zweiten Handelsperiode zwischen 2008 und 2012 insgesamt 1,2 Mrd Zertifikate erhalten. 7% oder 84 Mio Zertifikate sollen über Auktionen verkauft werden. Die erste Auktion ist für den 19. November vorgesehen.

Die Ausgabe der EUAs soll nach früheren Aussagen des britischen Umweltministeriums **Defra** wenige Tage nach der Zusammenschaltung und Freigabe der Registerkonten erfolgen, wahrscheinlich Anfang November.

News Europa

Großbritannien verankert als erster Staat per Gesetz ein verbindliches Minderungsziel

Beschluss. Mittelständische britische Unternehmen müssen ihre CO₂-Emissionen künftig verpflichtend melden. Das hat das **britische Unterhaus** nach einem Bericht der britischen Tageszeitung „Financial Times“ beschlossen. Darüber hinaus haben die Parlamentarier ein ambitioniertes Emissionsminderungsziel festgelegt: Bis zum Jahr 2050 soll der Treibhausgasausstoß um 80% gesenkt werden. Dies ist laut „Financial Times“ das erste gesetzlich verankerte bindende Minderungsziel der Welt.

Das neue Gesetz legt großen und mittelgroßen Unternehmen die Offenlegung ihrer Emissionen auf und fixiert einen Prozess zur Einführung strengerer allgemein gültiger Berichtsstandards. Allerdings wird in dem Gesetzestext nicht genau definiert, welche Größe ein Unternehmen haben muss, um unter diese Regelungen zu fallen. Das neue Gesetz regelt, dass Unternehmen ab dem Jahr 2012 über ihre Emissionen berichten müssen. Allerdings soll vorher noch einmal geprüft werden, in welcher Weise die neue Vorgabe genau umgesetzt werden soll.

Außerdem ist vorgesehen, den Weg für den Einsatz eines freiwilligen Verfahrens offen zu halten, sollte sich dieses als effektiver als das obligatorische erweisen. Zudem sind Beratungen darüber vorgesehen, ob auch kleinere Unternehmen in die Berichtspflichten mit einbezogen werden sollen.

Die Verhandlungen über das Klimagesetz seien vergleichsweise ruhig abgelaufen, schreibt die „Financial Times“ weiter. Insbesondere die Beendigung der hitzigen Diskussion über die vorgeschlagene Ausnahme der Schiff- und Luftfahrt von den Minderungszielen habe zu einer entspannteren Entscheidungsfindung geführt. Die beiden Sektoren sollten berücksichtigt werden, sobald eine Methode gefunden sei die „internationalen“ Emissionen zu messen.

Energieminister **Ed Miliband** konnte sich mit seinem Vorstoß durchsetzen, die angestrebte Senkung der Treibhausgase bis 2050 von 60% auf 80% auszuweiten. Außerdem werden nach seinen Plänen die sechs wichtigsten Treibhausgase und nicht nur CO₂ in die Minderung miteinbezogen.

Internationale Agentur für Erneuerbare vor Gründung

Freie Bahn. Der Weg für die Gründung der **Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien** (IRENA) ist frei: Bei einer Konferenz in Madrid legten 51 Staaten den Grundstein dafür und verständigten sich auf den Text des Gründungsvertrages, wie das Bundesumweltministerium mitteilte. Damit sei der von Deutschland, Spanien und Dänemark angestoßenen und von einer Vielzahl von Ländern aus allen Kontinenten begleiteten Initiative der Durchbruch gelungen, erklärte das Ministerium weiter.

Der Gründungsvertrag für IRENA solle am 26. Januar 2009 in Bonn feierlich unterzeichnet werden. Unmittelbar danach werde IRENA mit ersten Projekten zu gezielter Beratung und zum Informationsaustausch ihre Arbeit aufnehmen. Mitte 2009 werden den Angaben nach der Sitz und der Generaldirektor für die Startphase bestimmt und die Organisation Schritt für Schritt aufgebaut.

IRENA soll Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von Erneuerbaren Energien unterstützen. Sie werde ihre Mitgliedsstaaten dabei begleiten, ihre politischen Rahmenbedingungen anzupassen, Kompetenzen aufzubauen sowie Finanzierung und Technologietransfer für Erneuerbare Energien zu verbessern, hieß es weiter.

Lobby: Klimaschutz als Konjunkturmotor

Studie. Klimaschutz könnte in der weltweiten Finanzkrise als Konjunkturmotor dienen. Zu diesem Ergebnis kommt ein in Berlin vorgelegter Weltenergieplan von **Greenpeace** und dem **Europäischen Dachverband der Erneuerbare-Energien-Industrie** (EREC). Demnach würde die konsequente Umstellung auf Erneuerbare Energien nicht nur klimaschädliches Kohlenstoffdioxid (CO₂), sondern auch viel Geld sparen und zudem zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Vor allem in Deutschland, das auch bei Erneuerbaren Energien derzeit Exportweltmeister sei, könne eine „Energierévolution“ die Wirtschaft in Schwung bringen, sagte ein Sprecher der Umweltorganisation. Der Klimaschutz sei

„eine Chance für die Weltwirtschaft“. Dem Report zufolge, den das **Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt** im Auftrag von Greenpeace und EREC erstellt hat, wären bis 2030 zwar weltweite Investitionen von neun Bio USD (gut sieben Bio EUR) in erneuerbare Energien und effiziente Kraft-Wärme-Kopplung nötig. Im gleichen Zeitraum würde demnach aber allein aufgrund sinkender Brennstoffkosten für Kohle, Gas und Öl in der Stromproduktion der doppelte Betrag eingespart. Erneuerbare Energien könnten dann die Hälfte des weltweiten Energiebedarfs decken, die Branche ihren jährlichen Umsatz von derzeit 70 Mrd USD auf 360 Mrd USD (rund 290 Mrd EUR) verfünffachen.

Ban Ki Moon fordert Fortschritte im Klimaschutz

Appell. UN-Generalsekretär **Ban Ki Moon** mahnt Fortschritte im Klimaschutz an. Eine Verabschiedung des europäischen Klimapakets im Dezember sei von größter Bedeutung, schrieb Ban nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Zwar könne er nachvollziehen, wenn einzelne EU-Staaten es herausfordernd fänden, inmitten einer Wirtschaftskrise strenge Klimaauflagen zu verabschieden. Aber die Wissenschaft sei eindeutig.

Harte Verhandlungen über EU-Klimaschutzgesetze

Um das EU-Gesetzespaket zum Klimaschutz wie von den EU-Staats- und Regierungschefs gewünscht, bis zum Jahresende unter Dach und Fach zu bringen, dürften noch harte Verhandlungen nötig sein. Das ist beim jüngsten Ratsreffen der EU-Umweltminister deutlich geworden. Der Ratsvorsitzende, Frankreichs Umweltminister Jean-Louis Borloo, räumte ein, dass die Mitgliedsstaaten über etliche Punkte weiter unterschiedlicher Meinung sind. Es hätten sich aber alle Staaten willens gezeigt, eine Verabschiedung des Gesetzespakets bis Dezember anzustreben.

Auch Italiens Umweltministerin **Stefania Prestigiacomo** trat Diplomaten zufolge in der Ratsstizung nicht so hart auf wie vorher, als sie die Klimaschutzpläne im Gespräch mit Journalisten „unerträglich“ genannt hatte. Als Grund führte sie die Belastungen der italienischen Industrie durch das Klimapakete an, die sie auf 25 Mrd EUR jährlich bezifferte. „Es sind weitreichende Änderungen nötig“, unterstrich Prestigiacomo und forderte eine Revisionsklausel. In der Sitzung verlangte Italien laut Diplomaten aber lediglich, die Kosten der Klimaschutzpolitik müssten ganz genau unter die Lupe genommen werden.

Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel** zeigte sich nach der Diskussion enttäuscht. Man sei nicht über die



Frankreichs Umweltminister Jean-Louis Borloo ist der Ratsvorsitzende.

bekanntesten Positionen hinaus gekommen. Um Fortschritte zu erzielen, regte Gabriel ein zusätzliches informelles Umweltministertreffen an.

Kontrovers diskutiert wurde laut Borloo zum Beispiel, welche Industriebranchen wie vor der Konkurrenz aus Staaten mit weniger strengen Klimaschutzauflagen geschützt werden sollen. Auch die Verpflichtung zur Ersteigerung von Emissionsrechten werde noch nicht einheitlich gesehen. Diplomaten zufolge sträubten sich unter anderem Polen und Rumänien dagegen, dass ihre Energieerzeuger ab 2013 alle CO₂-Zertifikate ersteigern sollen.

EU-Umweltkommissar **Stavros Dimas** sagte, einige Länder hätten argumentiert, es gebe durch die kostenlose Zertifikatezuteilung an

die Energiebranche bei ihnen keine „Windfall-Profits“, weil die Energiepreise reguliert seien. „Aber was für eine Ausnahme man da auch machen wollte: sie muss in Umfang und Dauer begrenzt sein“, sagte Dimas. Gabriel sprach sich gegen Ausnahmen von der Versteigerungspflicht für Energieunternehmen aus. Er favorisiert eher eine Umverteilung der dadurch erzielten Einnahmen.

Auch bei der finanziellen Förderung der unterirdischen

Speicherung von Kohlendioxid zeichnet sich noch kein Konsens im Ministerrat ab. Einige Mitgliedsstaaten hätten die Finanzierungsvorschläge aus dem Europäischen Parlament unterstützt, es habe aber auch Widerstand gegeben, berichtete Borloo.

Borloo und Dimas plädierten für einen raschen Abschluss des Gesetzespakets, weil nur dann gute Chancen für ein weltweites Klimaschutzabkommen bestünden, wenn die EU weiter eine Vorreiterrolle spiele. Mit einem „ambitionierten“ internationalen Abkommen erledigten sich viele der diskutierten Probleme, wie etwa mögliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Drittstaaten, von selbst, sagte Dimas. Borloo sagte, es müsse klar sein, dass „die Finanzkrise uns nicht vom Klimaschutz abhält“.

Polen: Finanzkrise keine Ausrede für Klimaschutzablehnung

Kontra. Der polnische Premierminister **Donald Tusk** hat sich anlässlich eines Besuchs in Peking dagegen ausgesprochen, die Finanzkrise als billiges Schlupfloch gegen unliebsame Klimaschutzmaßnahmen zu missbrauchen.

Staaten wie **Polen** und **China**, die stark von Kohle abhängig seien, sollten sich stärker auf die finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile konzentrieren, die mit einem neuen weltwei-

ten Klimaschutzabkommen einhergingen. Tusk setzt auf den nächsten Klimagipfel in Poznan im Dezember. Dort soll der Grundstock für das Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll gelegt werden. „Polen ist sehr stark von Kohle abhängig. Wenn es eine Lösung gibt, die wir akzeptieren können, dann wird diese auch für Länder wie China leichter zu akzeptieren sein“, sagte Tusk. Er könne aber verstehen, dass ein so großes Land wie

China bei einigen Details in der Klimaschutzdebatte mehr Vorsicht walten lasse als andere. Es werde definitiv einfacher, mit Staaten wie China oder Indien über Klimaschutz zu diskutieren, wenn die USA sich ernsthaft mit der Problematik auseinandersetzen.

Auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat wiederholt davor gewarnt, die Finanzkrise als billige Ausrede für nachlassendes Engagement zu nutzen.

News Europa

Fortsetzung von Seite 1

Erleichterungen für Branchen erst nach Konferenz in Kopenhagen festlegen

Augenmaß. Gesamtwirtschaftlich sei es für die EU wichtiger, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu erreichen, als bestimmte energieintensive Industriebranchen im globalen Wettbewerb zu schützen, argumentierten **Karsten Neuhoff** von der Universität Cambridge und **Julia Reinaud** von der Internationalen Energie Agentur IEA. Laut Reinaud besteht der beste Schutz in einem internationalen Klimaschutzabkommen und das könne die EU nicht durchsetzen, wenn sie schon vor Beginn der Verhandlungen großen Teilen der eigenen Industrie Ausnahmen vom Emissionshandelssystem zugestehe.

Nach Neuhoffs Angaben tragen die Branchen, die stark unter der Auktionierung von CO₂-Zertifikaten leiden könnten, in Deutschland oder Großbritannien nur zwischen ein und zwei Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Ihre Nachteile gegenüber Konkurrenz etwa aus China oder Indien könnten auch durch staatliche Beihilfen ausgeglichen werden oder durch den Aufschlag von CO₂-Importabgaben auf bestimmte Produkte. Dieser Ansicht ist auch Reinaud. Beide Wissenschaftler glauben, dass die Frage,

welche Branche welche Hilfen erhalten sollte, erst nach der UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen Ende 2009 entschieden werden kann oder wenn es erste Erfahrungen mit dem neuen Emissionshandelssystem gibt.

Das produzierende Gewerbe in Deutschland zum Beispiel drängt dagegen die EU-Institutionen dazu, sich noch in diesem Jahr auf die weitere kostenlose Zertifikatsvergabe festzulegen. Sonst gebe es keine Investitionssicherheit, lautet ein Argument der Industrie.

Neuhoff hält dem entgegen, es sei bereits klar, dass die EU sowohl aus Klimaschutz- als auch aus wirtschaftlichen Gründen kein umfangreiches Carbon Leakage akzeptieren werde. Die Unternehmen könnten also sicher sein, dass ihnen geholfen werde, sollten sie in existenzbedrohende Schwierigkeiten kommen.

Deswegen sei es besser, in ein paar Jahren eine „maßgeschneiderte“ Lösung für die Betroffenen zu finden, als sich heute auf etwas festzulegen, dass das Funktionieren des Emissionshandelssystems beeinträchtigt. „Man kann solange warten“, sagte Neuhoff.

Frank Hütten, Brüssel

Barroso mahnt zu Kampf gegen Klimawandel

Appell. EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** hat dazu aufgerufen, den Kampf gegen den Klimawandel auch während der Turbulenzen auf den Finanzmärkten nicht aus den Augen zu verlieren. Die Finanzkrise ist kein Grund, und darf auch kein Vorwand sein, um unsere Anstrengungen gegen die Erderwärmung hinauszuschieben“, sagte er beim Asien-Europa-Treffen (ASEM) in Peking. Die Bedrohung durch den Klimawandel sei noch nicht gebannt.

Am Schlußtag ihres Gipfeltreffens hatten sich die 45 ASEM-Staaten neben der Finanzkrise auch mit dem Klimawandel auseinandergesetzt. Sie verabschiedeten die „Pekinger Erklärung zur nachhaltigen Entwicklung“. Darin sprechen sich die ASEM-Staaten für ein langfristiges globales Ziel zur Reduzierung der Treibstoffgase“ aus. Allerdings sind bereits innerhalb der Europäischen Union die Pläne umstritten, den CO₂-Ausstoß in der EU bis 2020 um 20% zu senken.

Carbon Market News

UniCredit: CO₂-Markt in Entscheidungsphase

Unsicherheit. „Selten ist uns eine Preisprognose so schwer gefallen“, schreibt die UniCredit in ihrem wöchentlichen Marktkommentar. Entscheidend für den Verlauf der KW 45 werde sein, ob sich der aufkeimende Optimismus als nachhaltig erweise, was sich in stabilisierten globalen Aktienmärkten abzeichnen würde.

Der Benchmark-Kontrakt Dec 08 bei den EUAs hat den Analysten der UniCredit Market & Investment Banking/HVB zufolge seine nächste Unterstützung bei 16 EUR, den nächsten Widerstand bei 22,90 EUR.

Als potenziell bullische Faktoren am Emissionsmarkt machen die Analysten steigende Öl- und Kohlepreise, zulegende Aktienmärkte und kältere Temperaturen sowie eine technische Erholung am CO₂-Markt aus. Bearish wirkten hingegen kurzfristig mögliche Ermäßigungen beim deutschen Preis für Basislast.

Im Fokus habe zuletzt die Frage gestanden, ob die Ausgabe der EUAs in Deutschland rechtzeitig vor dem Liefertermin 1. Dezember 2008 erfolgt sein wird. Obwohl alle involvierten Parteien davon ausgingen, seien die einzelnen Aussagen hierzu widersprüchlich.

Der EUA-Referenzkontrakt Dec 08 habe sich in den vergangenen Tagen sehr volatil gezeigt und sich zwischen einem 18-Monatstief von 17,20 EUR/t und zuletzt rund 19 EUR/t bewegt. Anfang der KW 44 sei es bei sehr hohem Volumen zu einem schnellen Preisverfall gekommen. „Hauptursache hierfür war die EUA-Ausgabe in England, die einige Unternehmen nutzten, um Liquidität durch Spot-Verkäufe zu schöpfen“, heißt es von UniCredit. Zudem hätten Unternehmen bereits durchgeführte Sicherungsgeschäfte (EUA-Eindeckung Dec 08 und Verkauf auf Dec 09) wieder aufgelöst. Damit habe ein sehr hohes Angebot auf geringe Nachfrage getroffen. Anschließend habe sich an den globalen Märkten wieder Optimismus breitgemacht.

Goldman Sachs beteiligt sich an Blue Source

Pakt. Goldman Sachs hat sich am Projektentwickler **Blue Source LLC** beteiligt. Wie hoch die Beteiligung an dem US-Unternehmen ist, wurde nicht mitgeteilt. Goldman Sachs wird künftig Minderungszertifikate aus dem Portfolio von Blue Source strukturieren und verkaufen. Die Erlöse aus dem Verkauf sollen zwischen beiden Unternehmen geteilt werden, sagte **Greg Spencer**, Präsident von

Blue Source, zu „**Clean Technology Insight**“. Blue Source verfügt aus früheren Investitionsrunden über mindestens 500 Mio USD. Investiert hatten **Och-Ziff Capital Management Group (OZM)** und **First Reserve Corp.** Die Minderungsprojekte des Unternehmens umfassen den weiteren Angaben zufolge CCS-Projekte, Methanauffangprojekte sowie Depo- nie- und Abwasserprojekte.

ECX setzt an einem Tag 39 Mio t CO₂ um

Rekord. An der Londoner **European Climate Exchange (ECX)** am 23. Oktober mit über 39,1 Mio t ein neuer Tagesrekord erzielt worden. Insgesamt wurden 35,690 Mio EUAs und 3,479 Mio CERs umgesetzt.

Damit wurde der vorige Tagesrekord vom 6. Juni 2008 gebrochen. An dem Tag waren 34,3 Mio t umgesetzt worden.

ETF Securities legt ersten Carbon ETC an Londoner Börse auf

Innovation. **ETF Securities Ltd** will ihr Produktportfolio an Exchange Traded Commodities (ETCs) um ein Produkt im CO₂-Bereich erweitern und dieses an der Londoner Börse handeln. Das Unternehmen gilt mit mehr als 110 Produkten als größter Anbieter an börsengehandelten Wertpa-

pieren, die Anlegern eine Investition in die Anlageklasse Rohstoffe erlauben. Mit diesem Schritt will ETF Securities nach Angaben von CEO **Nik Bienkowski** der wachsenden Bedeutung des CO₂-Emissionshandels gerecht werden. Der Carbon ETC oder CARB werde den Preis von CO₂-Zer-

tifikaten im ICE-Futures-Markt abbilden.

Der CARB soll in Euro und britischen Pfund gehandelt werden. Jeder CARB entspricht den Angaben zufolge einem Zertifikat. Der Preis für den ersten Handel am Donnerstag wurde auf 18,37 EUR festgelegt.

Händler vermuten Kaufgelegenheit am CO₂-Markt

Marktbericht. Als irrational günstig werten Händler die CO₂-Zertifikate nach dem jüngsten Preiseinbruch. „Fundamental sind die Preise zu billig - und darüber herrscht eigentlich auch Konsens“, sagte ein Händler bei einem Energieversorger am Mittwoch. Dennoch seien aktuell nur wenige Käufer auszumachen. „Ich wage auch keine Prognose darüber, ob nun der Boden gefunden oder zumindest in Sicht ist“, sagte der Trader. Er sei sich aber sicher, dass der Preis für EUAs mittel- und langfristig oberhalb von 20 EUR/t liegen werde. Der momentane Einbruch sei Folge der insgesamt äußerst nervösen Märkte. Die Finanzkrise habe neben den Aktien- auch die Rohstoffmärkte voll erfasst. „Schon die leiseste neue Erschütterung kann wieder große Wellen schlagen“, sagte er. Panikverkäufe könnten dann zu einem weiteren Preiseinbruch führen.

Momentan seien in Erholungsphasen auch immer wieder große Verkäufer zu beobachten, die auf jeden Anstieg hin abverkauften. Dabei seien insbesondere Teilnehmer aus dem Finanzsek-

tor auf Verkaufsseite aktiv. „Alle wollen nur noch Cash und versilbern ihre letzten Reserven“, hat ein Händler beobachtet. Es sei schwer zu beurteilen, ob diese noch Long-Positionen liquidierten oder bereits Short-Positionen eingingen. Am Mittwoch habe zudem nicht einmal die Erholung bei den Ölpreisen für entsprechend steigende CO₂-Preise gesorgt. Ein Analyst zeigte sich überzeugt, dass bei 16 EUR/t eine „praktisch unüberwindliche Unterstützungszone“ für die EUAs mit Laufzeitende Dec 08 liegt.

Am frühen Nachmittag zeigte sich der Dec 08 bei den EUAs bei 17,95 EUR/t nach 17,63 EUR/t zum Handelsschluss an der ECX am Dienstag. Große Umsätze seien am Mittwoch im Bereich zwischen 17,10 EUR und 17,20 EUR/t zu beobachten gewesen. Für Verwunderung sorgte der Spread zu den EUAs mit Laufzeit Dec 09; er schrumpfte auf rund 0,50 EUR. Auch der Spread 09/10 sei mit 0,40 EUR zu niedrig. „Da jetzt ziemlich klar ist, dass den Lieferverpflichtungen im Dezember dieses Jahres nachgekom-

men werden kann, sollte der Spread eigentlich auseinanderlaufen“, sagte ein Händler. Offenbar herrsche noch immer Verunsicherung am Markt, ob die Deutsche Emissionshandelsstelle DEHSt bald die Zuteilung nach dem deutschen Allokationsplan (NAP) vornimmt.

Die Informationen von Dow Jones TradeNews Emissions vom 15. Oktober, denen zufolge die Zertifikate nach dem deutschen NAP bald und damit rechtzeitig vor Dezember zugeteilt werden sollen, wurden jüngst wiederholt aus Kreisen der DEHSt beziehungsweise des Bundesumweltministeriums und auch seitens der EU-Kommission bestätigt - allerdings gibt es noch immer keine offizielle Stellungnahme zur bevorstehenden Einbuchung der Zertifikate. „Erst wenn wir die Zuteilung schwarz auf weiß haben, wird der Markt wohl die notwendige Sicherheit haben“, sagte ein Analyst. Da CERs nicht so stark nachgäben wie EUAs seien die EUA/CER-Spreads in den vergangenen Tagen weiter zusammengelaufen.

Carbon Market News

Bei der ersten RGGI-Auktion kamen 44 von 59 Bietern zum Zuge

Schlussstrich. Sehr genau ausgewertet worden ist die erste Auktion für CO₂-Zertifikate in den USA. Die **Regional Greenhouse Gas Initiative** (RGGI) hat die Premiere am 25. September von der Unternehmensberatung **Potomac Economics** überwachen lassen. Die Ergebnisse der Beobachtungen sind nun in Form des Berichts „First Settlement Report“ veröffentlicht worden.

In dem Überblick finden sich interessante Details. Von den 59 Bietern kamen demnach 44 zum Zuge. Sie erhielten Mengen zwischen 2.528.000 und 1.000 Zertifikaten zugesprochen. 80% der Zertifikate ging dabei an Compliance-pflichtige Unternehmen aus den RGGI-Teilnehmerstaaten. Mitgeboten hatten auch Umweltschutzgruppen und Einzelpersonen. Das höchste Gebot lag laut Bericht bei 12 USD, das niedrigste bei 1,86 USD.

Die Nachfrage überstieg mit 51.761.000 Zertifikaten das Angebot

von 12.565.387 Zertifikaten um den Faktor 4.

Genau untersucht wurde auch, ob die Marktmacht einzelner Bieter das Auktionsergebnis beeinflusst haben könnte. Der **Herfindahl-Hirschman-Index** (HHI) betrug aber nur 446. Dieser Index ist definiert als die Summe der Quadrate der relativen Marktanteile (in diesem Fall: aller Auktionsteilnehmer). Gut diversifizierte Auktionen mit sehr vielen, sehr kleinen Unternehmen weisen einen HHI nahe Null auf, während stark konzentrierte Auktionen deutlich höhere HHI-Werte erreichen können. Im Extremfall mit einem einzigen Teilnehmer nimmt der HHI den Wert 10.000 an.

Der „First Settlement Report“ kann im Internet unter http://www.rggi.org/docs/Auction_1_PostSettlement_Report_from_Market_Monitor.pdf abgerufen werden. Die zweite Auktion, an der voraussichtlich alle zehn Staaten teilnehmen werden, ist für den 2. Dezember vorgesehen.

METI treibt japanischen Emissionshandel voran

Aufbau. Die japanische Regierung arbeitet weiter am Aufbau eines Emissionshandelsmarktes. Das bestätigte das japanische Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (**METI**). Das Ministerium zögert aber weiter bei der Verhängung eines verpflichtenden Caps. Es sei schwierig, eine faire Zielvorgabe für jede Branche zu finden.

Der Markt sei in einem experimentellen Status ohne verpflichtende Vorgaben für die Unternehmen. Marktteilnehmer können sich freiwillige Ziele setzen. Wer darunter bleibt, kann überschüssige Zertifikate an Teilnehmer verkaufen, die ihr Emissionsziel verfehlt haben. Interessenten können sich bis Mitte Dezember melden. Entscheidungen über die Rahmenbedingungen und die Berücksichtigung der Kosten für angekaufte Zertifikate in den Bilanzen stehen noch aus.

First Climate gründet Tochter in Luxemburg

Gründung. Das im Emissionshandel tätige Unternehmen **First Climate** hat in Luxemburg eine Asset-Management-Tochter gegründet. Die **First Climate Asset Management S.A.** habe die Lizenz als Vermögensverwalter von der luxemburgischen Finanzaufsicht erhalten, teilte das Unternehmen aus Bad Vilbel mit.

Martin Schulte und **Ralph Brödel** seien als Geschäftsführer für den Aufbau der neuen Luxemburger Tochter verantwortlich.

Martin Schulte war zuvor Senior Associate bei **KWF Business Consultants** und Geschäftsführer der **Hypo Pfandbrief Bank International** in Luxemburg.

Ralph Brödel war zuvor in der Dubliner Filiale der **Aareal Bank** unter anderem im Bereich Risiko-Controlling tätig.

Neue Tagesrekorde im Spothandel an BlueNext

Tagesrekorde. Die Pariser CO₂-Börse **BlueNext** hat in dieser Woche gleich mehrere Tagesrekorde zu vermelden. Nach Angaben der Börse wurden am Montag im Spothandel mit europäischen Emissionsberechtigungen (EUAs) rund 2,6 Mio t umgesetzt. Am Mittwoch wurde dieser Höchstwert erneut um 1,1 Mio Zertifikate überboten.

Den Höhenflug führte **Phillippe Chauvancy**, Sales Director der Blue Next, auf die Verknüpfung von ITL und CITL zurück. „Es ist ermutigend, dass der Spothandel an der Blue Next zehn Tage nach der Verknüpfung der beiden Transaktionsprotokolle einen neuen Umsatzrekord erreicht“, sagte er. Seine Prognose vom Montag, dass die nun anlaufende Ausgabe der EUAs für die zweite Handelsperiode in weiteren Staaten zu einem erneuten Anstieg der Handelsvolumina führen wird, hat sich zwei Tage später bewahrheitet.

BlueNext ist ein Gemeinschaftsunternehmen des Börsenbetreibers **NYSE Euronext** und des französischen Kreditinstituts **Caisse de Dépôts**. An der BlueNext können Spot- und Terminprodukte für EUAs und Certified Emission Reductions (CERs) gehandelt werden.

Nasdaq OMX schließt Nord Pool-Akquise ab

Besitzerwechsel. Die **Nasdaq OMX Group** hat die Übernahme der Tochterunternehmen der Energiebörse **Nord Pool** in den Bereichen Clearing, internationale Derivate und Beratung abgeschlossen. Basierend auf den Energie- und CO₂-Derivaten der Nord Pool wird das neue Börsenangebot **Nasdaq OMX Commodities** eingeführt. Die Börse Nord Pool ASA bleibe als separate Einheit bestehen. Alle Clearing-Tätigkeiten und gelisteten Produkte gingen an die Nasdaq OMX über.

Erstes Hermes-gedecktes JI-Projekt in Russland vor dem Start

Meilenstein. Die aus der Anrechnung von Emissionszertifikaten entstehenden Finanzierungsmöglichkeiten für Minderungsprojekte im Ausland werden bisher nur sehr zurückhaltend von deutschen Unternehmen genutzt. Wie **Edna Schöne-Alaluf**, Leiterin der Nachhaltigkeitsabteilung für das Staatsgeschäft beim Exportkreditversicherer **Euler Hermes**, Dow Jones sagte, spielt der Zertifikatehandel noch nicht die Rolle, die man für dieses Instrument anstrebt. Es fehle gegenwärtig an erfolgreichen Beispielen.

Sie führt dies zum einen auf unzureichende Kenntnisse sowohl bei den Anbietern in Deutschland als auch den Abnehmern im Ausland zurück. Zum anderen sei der Mechanismus der Anrechnung sehr komplex.

Im Rahmen der so genannten flexiblen Kyoto-Mechanismen Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) können bei Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern, bei denen Emissionen eingespart werden, handelbare Zertifikate generiert werden. Diese können an Emittenten von Treibhausgasen in Industrieländern verkauft werden, die damit kostengünstig Reduktionsanforderungen der nationalen Regierungen erfüllen können.

Trotz der bisher insgesamt enttäuschenden Entwicklung steht der Start eines JI-Projektes bevor, das sich erstmals vollständig durch die Generierung von Emissionszertifikaten finanzieren soll. Wie es bei Euler Hermes heißt, handelt es sich um

ein Vorhaben zum Auffangen von Methangas auf drei Deponien im Großraum Moskau.

Vorgesehen ist eine Laufzeit bis zum Jahr 2013, in der rund 2,5 Mio so genannte Emission Reduction Units generiert werden sollen. Im Rahmen der Hermes-

Deckungen werden die



Zertifikate bei der Bonitätsbewertung einbezogen. Allerdings

fehlt im Augenblick noch die Bestätigung des Projektes im Volumen unter 15 Mio EUR als Joint-Implementations-Maßnahme von Seiten der russischen Behörden. Sollte diese rechtzeitig kommen, könnten die Bauarbeiten noch im Dezember beginnen. Einer endgültigen Indeckungnahme von Euler Hermes stehe jedenfalls nichts im Weg, heißt es.

Nach Aussage von Experten bereiten Laufzeiten, die über das Jahr 2012 hinausgehen, zunehmend Probleme. Denn in diesem Jahr laufen das Kyoto-Protokoll und damit die Regeln für den Handelsmechanismus von Minderungszertifikaten aus.

Während viele Marktteilnehmer damit rechnen, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ökologische und soziale Standards bei der Vergabe von

staatlichen Exportkreditgarantien an Bedeutung verlieren, sieht Schöne-Alaluf mittelfristig eine eher steigende Rolle solcher Auflagen. Schließlich strebe man danach, Risiken zu reduzieren. Diese würden jedoch auch durch die Missachtung von Standards entstehen.

Die für alle OECD-Exportkreditversicherer geltenden ökologischen und sozialen Vorgaben könnten sich auf lange Sicht sogar als Wettbewerbsvorteil erweisen, hofft Schöne-Alaluf. So habe erst vor kurzem ein Abnehmer bekundet, dass er nur noch Technik in Deutschland und Europa kaufe, weil diese aufgrund der verpflichtenden Standards die höchste Effizienz im Betrieb garantiere.

Lars Hoffmann

Russland wichtiger Markt für Hermesdeckungen

Boom. Die **Bundesregierung** hat in den ersten acht Monaten des Jahres für Russland-Geschäfte Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen) mit einem Volumen von mehr als 1,5 Mrd EUR übernommen. Hermesdeckungen sind das wichtigste Instrument der staatlichen Außenwirtschaftsförderung in Deutschland.

Seit 2005 steht Russland an der Spitze der Top-Ten-Länder bei Hermesdeckungen. Nach Angaben von **Hans Janus**, Vorstandsmitglied der **Euler Hermes Kreditversicherungs-AG**, hat weltweit kein anderer staatlicher Exportkreditversicherer ein annähernd vergleichbares Russlandgeschäft in die Bücher genommen.

Obwohl in den vergangenen Jahren das Länderrisiko Russlands als deutlich günstiger eingeschätzt wird und die Versicherungsprämie gesenkt wurde, sehen Exporteure und Banken laut Janus weiterhin ein nicht unbedeutendes Risiko für die Rückzahlung ihrer Darlehen.

Beim Export von Maschinen und Anlagen nach Russland gehöre die Finanzierung mit zum Gesamtpaket und ist häufig von ausschlaggebender Bedeutung für die Auftragserteilung.

Carbon Market News

Klimaforscher sieht in Finanzkrise auch Chancen

Gelegenheit. Der Potsdamer Klimaforscher **Stefan Rahmsdorf** sieht in der weltweiten Finanzkrise auch Chancen. Zwar nutzten einige die Finanzkrise als Ausrede dafür, um beim Klimaschutz auf die Bremse zu treten, sagte Rahmsdorf laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP im **Deutschlandradio Kultur**. Doch die Krise zeige auch, wie ein komplexes System instabil werden könne - was ähnlich auch beim Klima drohe. Möglicherweise verstünden die Leute das „nach diesem Warnschuss“ jetzt besser. „Und zweitens besteht ja vielleicht die Hoffnung, dass jetzt die Gelder, die ja durchaus vorhanden sind, nicht in diese fiktive Papierwirtschaft investiert werden, sondern dass verstärkt in reale Wirtschaft, in reale Wertschöpfung investiert wird.“

Auch die Milliardenbeträge für das deutsche Klimaschutzpaket bis 2020 seien Investitionen und keine Verluste, betonte Rahmsdorf, der am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung die Abteilung Erdsystemanalyse leitet. „Das Geld spart man dann durch die geringeren Energiekosten hinterher ja wieder ein, so dass man sogar einen Nettogewinn dabei macht.“ Und die Investitionsmittel gingen etwa an Handwerker, die für die Wärmedämmung sorgten, an die Industrie, die erneuerbare Energietechnologien entwickle. „Alles Dinge, die unserer Wirtschaft hier etwas nützen.“ Rahmsdorf warnte davor, das Problem des Klimawandels zu unterschätzen. So verliefen der Schwund der arktischen Eisdecke oder der Anstieg des Meeresspiegels rascher als befürchtet: „Das heißt, die Zeit drängt noch mehr, als wir es bislang gedacht haben“.

Tricorona: Bis 2012 nur 1,2 Mrd CERs

Lücke. Nach Einschätzung von **Tricorona Deutschland** könnten dem CO₂-Markt in der zweiten Handelsperiode deutlich weniger Emissionsgutschriften zur Verfügung stehen als bisher angenommen. Ende 2012 würden höchstens 1,2 Mrd Certified Emission Reductions (CERs) und 0,2 Mrd Emission Reductions Units (ERUs) auf dem Markt sein, sagte **Helge Zink**, Managing Director bei der Tochter des schwedischen Handelsunternehmens, auf der Energiehandelskonferenz **Emart** in Genf.

Möglicherweise könne die Zahl der CERs sogar unter 1 Mrd liegen. Damit könnte sich innerhalb des europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS) je nach Höhe der Nachfrage ein Defizit von rund 1 Mrd t ergeben. Der Branchendienst **Point Carbon** beispielsweise beziffert den Bedarf an CERs und ERUs auf 2,1 Mrd t, wovon 1,3 Mrd t innerhalb des EU-ETS benötigt würden und 0,8 Mrd t von Unternehmen und Regierungen außerhalb Europas.

Zink begründet seinen Pessimismus zum einen damit, dass die Verifizierung und Herausgabe der CERs seit einigen Monaten immer länger dauere. Auslöser für diesen Trend seien unter anderem Personalengpässe bei den Verifizierern und dem Executive Board des Clean Development Mechanism (CDM) im UN-Klimasekretariat (UNFCCC). Zudem seien die Projekte, die vergleichsweise schnell und günstig durchzuführen seien und große Mengen an Gutschriften generierten, bereits realisiert. Die Projekte der nächsten Jahre würden deshalb kleiner sein und vergleichsweise wenig CERs ausschütten, sagte Zink.

Die Prognose von Tricorona ist damit deutlich pessimistischer als die anderer Branchenunternehmen. **New Carbon Finance** rechnet bis Ende 2012 mit 2,1 Mrd CERs und ERUs, Point Carbon mit 1,8 Mrd und das **UN Umweltprogramm** (UNEP) mit 1,5 Mrd.

Antje Schiffler

US-Investoren verlangen von SEC mehr Offenheit

Vorstoß. 14 der größten institutionellen Investoren in den USA haben die US-Börsenaufsicht SEC aufgefordert, den Klimaschutz in der Offenlegungspflicht für börsennotierte Unternehmen zu verankern. Künftig sollten die Unternehmen auch Angaben zu ökologischen, sozialen und lenkungs-technischen Risiken veröffentlichen. Die Investoren äußerten sich im Rahmen der öffentlichen Anhörung der 21st Century Disclosure Initiative von SEC-Chairman **Christopher Cox**.

Japans Erdölgroßhandel strebt auf CO₂-Markt

Strategie. Die japanischen Erdölgroßhändler wollen sich am freiwilligen CO₂-Markt in ihrem Heimatland beteiligen. Ihr Verband **Petroleum Association of Japan** soll nach Angaben von Chairman **Akihiko Tenbo** stellvertretend für die Branche am Handel teilnehmen.

Eigentlich sollen sich Einzelunternehmen engagieren. Der Verband möchte das Emissionsziel für die Branche festlegen und auch mit Zertifikaten handeln.

Kansai Electric kauft Minderungs-zertifikate in China

Ankauf. **Kansai Electric Power** hat von der japanischen Regierung die Erlaubnis erhalten, CERs aus einem Wasserkraftwerksprojekt in China anzukaufen. Der zweitgrößte Ener-

gieversorger Japans will bis zum Jahr 2012 insgesamt 270.000 t CO₂ aus dem CDM-Projekt erwerben. Durch den Ankauf will das Unternehmen die CO₂-Emissionen aus dem Verbrauch

von nicht erneuerbaren Brennstoffen ausgleichen. Diese machen den weiteren Angaben zufolge rund die Hälfte des Brennstoffportfolios von Kansai Electric aus.

Chancen und Risiken durch fallende CO₂-Preise

Andreas von Saldern, ESolutions GmbH, Hofheim

In den vergangenen Tagen ist der CO₂-Preis deutlich gefallen. Am 20. Oktober betrug der Kurs für EUAs Dec08 an der ECX 21,80 EUR/t CO₂. Sieben Tage später am 27. Oktober kostete der Kontrakt nur noch 17,87 EUR/t CO₂. Die Ursachen sind nach Ansicht von Analysten vor allem die Erwartungen an ein reduziertes Wirtschaftswachstum. Wird weniger produziert wird auch weniger CO₂ emittiert und es werden weniger Emissionsberechtigungen für die Abgabe benötigt. Es wird deshalb damit gerechnet, dass die Preise für Emissionsrechte parallel zur Wirtschaftsentwicklung weiter fallen könnten.

Ein kompletter Einbruch der Preise wie in der ersten Handelsperiode wird nicht erwartet. Denn in der 2. Handelsperiode müssen einige Branchen wie zum Beispiel die Energiewirtschaft in Deutschland bereits mindestens 20% zukaufen. Stabilisierend dürfte ferner wirken, dass die Emissionsberechtigungen in die 3. Handelsperiode übertragen werden können. In der 3. Handelsperiode sollen die Energieunternehmen überhaupt keine Emissionsberechtigungen mehr zugeteilt bekommen. Für Industriebetriebe soll die kostenfreie Zuteilung schrittweise reduziert werden.

Wo der Boden sein wird, auf dem sich die CO₂-Preise wieder stabilisieren, vermag derzeit niemand vorherzusagen.

Bevor auf einzelne Handlungsmöglichkeiten hingewiesen wird, sei auf zwei grundsätzliche Aspekte hingewiesen: die 3. Handelsperiode und die steuerrechtlichen Auswirkungen.

Auch Folgen für dritte Handelsperiode berücksichtigen

Vor jeder Veräußerung von Emissionsrechten sollten Unternehmen klären, mit welcher Unterdeckung sie in der 3. Handelsperiode zu rechnen haben. Eventuell ist es sinnvoller, sich durch einen Überschuss an Emissionsberechtigungen einen Wett-

bewerbsvorteil zu erhalten, als sich durch ihren Verkauf einen kurzfristigen Ertrag zu sichern, der in der Regel auch noch zu versteuern ist.

Kostenlos zugeteilte Emissionsberechtigungen können dagegen in den meisten Fällen als „stille Reserven“ ohne steuerliche Auswirkungen in die nächsten Jahre übertragen werden.

Steuerrechtliche Auswirkungen bei allen Handelsaktivitäten beachten

Bei allen Handelsaktivitäten sollten vor Gestaltung der Verträge die steuerrechtlichen und bilanziellen Auswirkungen mit einem Experten überprüft werden. Hier können bereits durch geringe Umgestaltung der Verträge zum Teil erhebliche Vorteile erzielt werden. Aber auch steuerrechtliche Risiken bestehen: Hat beispielsweise ein Unternehmen einen Überschuss an Emissionsberechtigungen und führt einen Tausch von EUAs gegen CERs durch, dann ist für den Überschuss nicht die Differenz der beiden Preise zu versteuern, sondern der deutlich höhere gesamte Verkaufspreis der EUAs.

Nun zu den Auswirkungen des fallenden CO₂-Preises im einzelnen: Wie vom Emissionshandel beabsichtigt, haben einige Unternehmen Investitionen getätigt, um zum Beispiel ihre Effizienz zu steigern. Sie



Foto: ESolutions

Andreas von Saldern hat sich auf Dienstleistungen rund um das Thema CO₂ spezialisiert.

haben in ihrer Kalkulation die Veräußerung von CO₂-Emissionsrechten als eine Ertragsquelle berücksichtigt. Diese Kalkulation kann nun durch fallende CO₂-Preise gefährdet werden. Hier empfiehlt es sich, die CO₂-Preise abzusichern, um den wirtschaftlichen Erfolg zu gewährleisten.

Mildern Sie die Kosten für Produktionsrückgänge ab

Eine andere Möglichkeit eröffnet sich für Unternehmen, die bereits von der Wirtschaftskrise erfasst wurden. Bei (sich abzeichnenden) Produktionsrückgängen können die frei werdenden Emissionsberechtigungen zu einem möglichst hohen Preis veräußert werden, um die fehlenden Deckungsbeiträge wenigstens zum Teil zu kompensieren.

Auch hier sollten sich Unternehmen möglichst frühzeitig gegen fallende CO₂-Kurse absichern, um wenigstens die Erträge aus dem CO₂-Verkauf sicherzustellen.

Für Unternehmen, die eine Unterdeckung haben oder für die sich eine solche in der 3. Handelsperiode abzeichnet, stellt sich die Frage, ab welchem Preis es sinnvoll ist, sich bereits heute mit CO₂-Rechten einzudecken. ▶▶

Hintergrund & Analyse

► So wie man den Strompreis für die Zukunft festlegen kann, kann dies auch für den CO₂-Preis erfolgen. Zahlungen werden in der Regel erst bei Lieferung fällig. Ein Kriterium für die Frage, ab welchen Preisen ein Zukauf sinnvoll ist, sind die eigenen Vermeidungskosten. Sind die Kosten zum Einsparen von CO₂ höher als der Marktpreis, lohnt sich der Zukauf.

Für die 3. Handelsperiode stehen die endgültigen Zuteilungsregeln leider noch nicht fest. Je nach Betroffenheit könnte aber jetzt damit begonnen werden, einen Teil der zu erwartenden Unterdeckung abzusichern.

Lohnt sich jetzt der Verkauf von Überschüssen?

Vor zwei Wochen hätten Unternehmen noch circa 20% höhere Erlöse für den Verkauf von Emissionsrechten erzielt als heute. Sollte ein Unternehmen in der nächsten Zeit auf kurzfristige Erträge durch Veräußerungen von CO₂-Emissionsberechtigungen angewiesen sein, ist angesichts des deutlichen Kursverfalls zu überlegen, mit welchen Maßnahmen Unabhängigkeit vor einem weiteren Kursverfall erzielt werden kann.

Wenn nicht unbedingt aus Liquiditätsgründen erforderlich, sollte überprüft werden, ob es nicht sinnvoller ist, den Überschuss in die 3. Handelsperiode zu übertragen.

Auch Nichtstun ist eine Form der Spekulation

In der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise bekommt die Liquiditätssicherung für viele Unternehmen eine immer größere Bedeutung. Da Unternehmen, die dem Emissionshandel unterliegen etwa eine Jahresmenge an Emissionsberechtigungen unverzinst auf dem Konto der DEHSt liegen haben, bietet sich die Erhöhung der Liquidität etwa durch „Sell und Buy Back“-Vereinbarungen zu erhöhen. Damit kann die Liquidität kurzfristig erhöht und die Emissionsrechte zu einem festgelegten Preis zu einem späteren Zeitpunkt zurückgekauft wer-

den. Der CO₂-Emissionshandel ist für viele Unternehmen noch Neuland. Vielfach wird der Handel mit Emissionsrechten oder die Absicherung gegen Kursverluste als Spekulation betrachtet.

Zur Versachlichung der Diskussion empfiehlt es sich nachzurechnen, welche Ertragsminderungen sich bei geplanten Veräußerungen durch fallende CO₂-Preise ergeben würden. Ist die Größenordnung signifikant, sollte man Absicherungen treffen.

Auch Nichtstun ist eine Spekulation. Eine unterlassene Absicherung gegen Kursverluste ist eine Wette auf steigende oder zumindest gleich bleibende CO₂-Preise. Wie realistisch dies ist, muss jedes Unternehmen für sich entscheiden.

Fazit

Bei allen Handelsaktivitäten sollten Unternehmen die 3. Handelsperiode, die steuerlichen und bilanziellen Auswirkungen, die Liquiditätserfordernisse und die erwartete Kursentwicklung beachten.

Der Autor ist zugelassener Umweltgutachter für EMAS (Öko-Audit) und ISO 14.001, öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Verifizierungen im Treibhausgas-Emissionshandel und bekannt gegebene „Sachverständige Stelle“ im Sinne des Treibhausgas-Emissionshandels-gesetz.

Bevor er die ESolutions GmbH gründete war er unter anderem Geschäftsführer der Arthur D. Little Umweltgutachterorganisation GmbH und der PricewaterhouseCoopers Umweltberatung GmbH.

KONTAKT:

Andreas von Saldern

ESolutions GmbH

Schoppastraße 2

65719 Hofheim

Tel.: +49 (0) 6192 / 921 99 - 10

Mail: saldern@esolutions.eu

Internet: www.esolutions.eu

Australischer Stern-Report warnt vor Zielen

Warnung. Die Klimaschutzziele **Großbritanniens** und der **G8-Staaten** sind angesichts der rasant steigenden Treibhausgasemissionen zu ambitioniert. Sie könnten nach Ansicht von **Ross Garnaut** sogar ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll torpedieren. Der Klimaberater der australischen Regierung weist in seinem bereits als „australischer Stern-Report“ bezeichneten Bericht darauf hin, dass die dem britischen Klimaziel zu Grunde liegenden CO₂-Daten mittlerweile überholt seien. Die von Garnaut verwendeten Zahlen sind weder in den Bericht des **Intergovernmental Panel on Climate Change** von 2007 noch in den Bericht von Sir Nicholas Stern aus dem Jahr 2006 eingeflossen. Nach Garnauts Ansicht müssen die Nationen einen Anstieg der Temperaturen als unausweichlich akzeptieren

Frankophone Länder suchen Schulterschluss

Schulterschluss. Die französischsprachige Welt will sich für eine Halbierung der weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 einsetzen. Zum Abschluss eines Frankophonie-Gipfels im kanadischen Québec vereinbarten die Länder mit französischer Sprache eine Zusammenarbeit in der Klimapolitik.

Jedes der 70 Teilnehmer-Länder solle so das „gemeinsame Ziel“ einer Halbierung der Klimagase erreichen, hieß es in der Abschluss-erklärung. Der kanadische Premierminister Stephen Harper sicherte „den besonders verletzlichen“ Entwicklungsländern außerdem 100 Mio CAD (rund 63 Mio EUR) für den Kampf gegen den Klimawandel zu. Das Geld solle vor allem kleinen Inselstaaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik zugute kommen, sagte er.

Russland will Abfackeln von Erdöl gas stärker kontrollieren

Fortschritt. In Russland werden Jahr für Jahr große Mengen an Erdöl gas einfach verbrannt. Das russische Ministerium für Rohstoffe beziffert den so entstehenden wirtschaftlichen Schaden auf 13,5 Mrd USD pro Jahr. Jetzt unternimmt das Land nach Beobachtungen der Weltbank erste zaghafte Schritte gegen diese Unsitte. Russische Beamte haben einen Vorschlag für ein landesweites Gesetz vorbereitet, das es ermöglichen würde, der Gazprom stärker auf die Finger zu sehen und Mechanismen zur Überwachung des Abfackelns zu schaffen.

„Im Vergleich zu den Zuständen vor einigen Jahren gibt es in der russischen Regierung tatsächlich eine Kehrtwende in dieser Frage“, sagte **Anastasiya Rozhkova** auf Anfrage von Dow Jones. Sie ist Operations Officer bei der Weltbank-Initiative gegen das Abfackeln von Gas (**Global Gas Flaring Reduction Partnership, GGFR**). Im Rahmen der Initiative wird auch die Zusammenarbeit mit internationalen Öl- und Gaskonzernen gesucht.

Die meisten großen Erdöl produzierenden Länder verbrennen große Mengen von Erdöl gas. Dabei handelt es sich um in den Lagerstätten in Erdöl gelöstes Gas (vor allem Methan), das bei der Ölförderung frei wird. Dabei könnte das Kuppelprodukt zu Heizungs zwecken oder zur Erzeugung von Strom genutzt werden. Zur Nutzung des überschüssigen Rohstoffs müssten Länder wie Russland oder Nigeria zunächst Milliarden Dollar in die Bearbeitung des Produktes und in den Ausbau von Transportnetzen investieren. Bei hohen Ölpreisen ist das Interesse an dem Beiprodukt derzeit aber gering. Überdies hat das Abfackeln auch einen Sicherheitsaspekt. So wird gefährlicher Überdruck vermieden.

Im September hat **Russland** allerdings einen ersten Schritt getan und

ein System zur Überwachung des Abfackelns installiert. Die russische Kartellbehörde bereitet neue Gesetze vor, die Gazprom zur Offenlegung der Daten zur Auslastung ihrer Pipelines zwingen würden. Das berichtet das Fachorgan „**European Gas Markets**“. Auch der russische Premierminister **Wladimir Putin** hat sich zuletzt für Gesetze stark gemacht, die das Abfackeln von Gas einschränken sollen. Noch während seiner Präsidentschaft hatte er einen Abfackelstopp ab 2011 verfügt.

Nach einer Studie der Weltbank entfällt auf Russland rund ein Viertel des weltweit abgefackelten Gases. Das entspricht einer Tagesmenge von 3,7 Mrd cbm. Die offiziellen Zahlen von russischer Seite belaufen sich auf etwa die Hälfte. Gazprom könnte sich als größter Hemmschuh



Foto: Shutterstock

Allein Russlands Ölkonzerne verbrennen jeden Tag 3,7 Mrd cbm Erdöl gas. Das soll sich nun ändern

im Kampf gegen das Abfackeln von Gas in Russland entpuppen, meint **Gary Howorth**. Der Senior Director im Geschäftsbereich Valuations, Research & Development bei **PFC Energy** ist Autor der Weltbank-Studie zur Gasabfackelung. Die Gesetzeslage in Russland erlaubt unabhängigen Erdöl- und Erdgasproduzenten zwar die direkte Vermarktung ihrer Produkte an Kraftwerke, Raffinerien, die Petrochemie und andere Industriekunden. Allerdings müssen sie dazu über den Zugang zum Pipeline-Netz der Gazprom verhandeln.

Und den kann Gazprom jederzeit mit dem Hinweis verweigern, dass es keine freien Transportkapazitäten mehr gebe oder dass das zu transportierende Gas nicht den Anforderungen des Konzerns entspreche. „Es gibt keine unabhängige Behörde, die den Zugang zu den Pipelines regelmäßig überwacht. Wer gegen ein „Nein“ der Gazprom vorgehen will, hat es schwer“, sagt Howorth.

Aus Sicht von Gazprom steht vor allem die Distanz zwischen den Ölfeldern und den Gaspipelines der verstärkten Nutzung von Erdöl gas entgegen. Eine weitere Hürde sei die notwendige Veredelung des Erdöl gasses vor dem Transport. Gazprom hat nach eigenen Angaben bereits selbst mehrfach Vorstöße unternommen, damit Erdöl gas attraktiver für eine Nutzung wird. Der Konzern räumt in einem Statement auch ein, dass das Abfackeln eines der größten wirtschaftlichen und ökologischen Probleme darstelle.

Die niedrigen Inlandspreise für Gas bieten nach Ansicht von Howorth kaum Anreize für eine verstärkte Nutzung von Erdöl gas. Im Dezember 2007 kosteten 1.000 cbm Gas nach seinen Angaben 1,27 USD, im Export habe Gas aus Westsibirien für 3,97 USD bis 7,93 USD eingebracht.

Im Jahr 2007 hat die **National Oceanic and Atmospheric Administration** nach Auswertung der Daten von Wettersatelliten der **Air Force** festgestellt, dass das Abfackeln weltweit zwischen 1995 und 2007 nahezu unverändert geblieben ist. **Nigeria, Angola** und **Kamerun** fackeln weniger ab als früher, **Russland, Kasachstan** und der **Irak** mehr.

83% der russischen Erdöl gasproduktion entfallen auf die Großproduzenten wie **Rosneft, Lukoil** und **TNK-BP**. „Die Regierung hat schon zahlreiche positive Signale in dieser Angelegenheit gesendet“, sagt Howorth. Nun müssten auch die anderen Stakeholder Farbe bekennen.

IEA drängt auf verstärkten Ausbau der CCS-Technologie

Appell. Die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) könnte bis zum Jahr 2050 entscheidend zur Senkung der Treibhausgasemissionen um 50% beitragen. Allerdings müssten die Regierungen finanzielle und regulatorische Anreize geben, um CCS-Demonstrationsanlagen im großindustriellen Maßstab voranzubringen, schreibt die Internationale Energieagentur (IEA) in einer Mitteilung.

Dies sei um so wichtiger, weil die Emissionen aus der Energieerzeugung bis 2050 nach Prognosen um bis zu 130% steigen sollen, falls keine neuen Wege eingeschlagen würden, heißt es in der Studie „**Energy Technology Perspective**“ der **Internationalen Energieagentur**. Um die CCS-Technologie weiter voran zu treiben, müssten die unterschiedlichen Regierungen zudem in stärkerem Umfang zusammenarbeiten, fordert die in Paris ansässige IEA.

Die CCS-Technologie könnte laut IEA annähernd 20% dazu beitragen,

den CO₂-Ausstoß bis 2050 zu halbieren - und dies zu annehmbaren Kosten. „Für die Weltgemeinschaft schließt sich das Zeitfenster, dem Klimawandel mit kosteneffizienten Mitteln entgegenzutreten. Die CCS-Technologie muss eine Schlüsselrolle spielen, aber zunächst muss sie sich in der kommenden Dekade bewähren“, sagte IEA-Executive-Director **Nobuo Tanaka** bei der Vorstellung der Studie „**Carbon Capture and Storage: A Key Carbon Abatement Option**“ in Paris.

Mindestens 20 CCS-Projekte im Energie- und Industriesektor müssten bis 2010 beschlossen werden und bis 2020 in Betrieb gehen, um Unsicherheiten hinsichtlich der Kosten und der Verlässlichkeit der Technologie einzuschränken, schrieb die IEA weiter. Allerdings sei kein Projekt nahe dran, diese Ziele zu erreichen. Hohe Kosten und der fehlende regulatorische Rahmen erschweren aus IEA-Sicht die Entwicklung des Sektors. Nach Ansicht der Organisation sind für

diese kurzfristigeren Demonstrationsprojekte rund 20 Mrd USD nötig.

Die IEA spricht sich zudem dafür aus, dass Öl- und Gasunternehmen verstärkt zusammenarbeiten sollten, um CCS-Projekte auf bereits bestehende Aktivitäten zur CO₂-gestützten Verbesserung der Ölausbeute aufzusetzen. Dadurch könnten Kosten ausgeglichen werden. „Mehr als 200 Mrd Barrel Öl können durch den Einsatz von CO₂ gefördert werden. Dadurch entstünde ein CO₂-Speicherpotenzial von 700 Gigatonnen“, heißt es in dem IEA-Bericht weiter. Die Regierungen müssten „dringend“ detaillierte Bewertungen ihres nationalen CO₂-Speicherpotenzials durchführen und mit den Ländern zusammenarbeiten, die den gleichen Speicher nutzen könnten. Das CO₂ müsse über regionale Hub-and-Spoke-Netzwerke transportiert werden. Das bedeute allerdings eine große Herausforderung im Hinblick auf die Kosten und die Infrastruktur, räumte die IEA freimütig ein.

Eni und Enel starten CCS-Pilotanlage

*Planung. Die nach Börsenwert größten Unternehmen in Italien, **Eni** und **Enel**, arbeiten bei der Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) künftig zusammen. Eni-CEO **Paolo Scaroni** und **Fluvio Conti**, CEO bei Enel, haben in Anwesenheit der italienischen Umweltministerin **Stefania Prestigiacomo** in Rom eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.*

Dadurch bündeln die beiden Unternehmen ihre bislang getrennten Bemühungen zur CCS-Technologie und stellen gemeinsam die erste CCS-Pilotanlage in Italien auf die Beine. Sie soll eine der 12 Demonstrationsanlagen in der EU werden und der Erforschung der neuen Technologie dienen.

Enel bringt in das gemeinsame Projekt eine Pilotanlage zum Auffangen von CO₂ ein. Die Anlage im thermischen Kraftwerk in Brindisi kann nach Unternehmensangaben pro

Stunde 2,5 t CO₂ auffangen und sollte im Herbst 2009 in Betrieb gehen. Eni hat über die Tochtergesellschaft Stogit Spa in ausgedienten Erdgasfeldern bei Cortemaggiore in der Nähe der norditalienischen Stadt Piacenza Vorbereitungen zur Einbringung von 8.000 t CO₂ pro Jahr getroffen.

Im Rahmen des gemeinsamen Projektes ist nun vorgesehen, das in Brindisi aufgefangene CO₂ zu verflüssigen und in den Norden zu transportieren. Das Speichern des Treibhausgases in der ausgedienten Lagerstätte soll im Herbst 2010 beginnen.

Gemeinsam mit verschiedenen Instituten und Gruppierungen, die sich mit der CCS-Technologie befassen, wollen Eni und Enel auch die CO₂-Speichermöglichkeiten in Italien genauer erforschen, heißt es in einer Mitteilung der Unternehmen.

Japans CO₂-Emissionen nehmen 2007 um 2,7% zu

*Bilanz. Japans CO₂-Emissionen sind im Fiskaljahr 2007 um 2,7% auf 1,21 Mrd t gestiegen. Das ist nach einer Studie des **Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Industrie** METI vor allem auf die niedrigeren Auslastung der Atomkraftwerke zurückzuführen. Seit dem Jahr 1990 sind die Treibhausgasemissionen damit um 15% gestiegen.*

Durch die anhaltende Dürre sind das Atomkraftwerk **Kashiwazaki-Kariwa** von **Tokyo Electric Power Co** sowie andere Atomkraftwerke nicht am Netz. Das Land muss deshalb verstärkt fossile Brennstoffe zur Stromproduktion einsetzen. Ein Plus von 23 Mio t CO₂ gehe allein auf die Stilllegung von Kashiwazaki-Kariwa zurück, 73 Mio t an weiteren CO₂-Emissionen seien auf die Dürre zurückzuführen. Unter anderen Umständen hätten die Emissionen um 0,7% zurückgehen können, meint das METI.

Anbieterporträt:

PURE Carbon Services GmbH

Adresse: Mohrenstraße 34, 10117 Berlin

Homepage: www.purecarbon.com

Geschäftsführung:

Richard Focken, CEO, Frank Rittner, COO, Ingo Roesinger, CFO
Markus Knödseder, Director of Portfolio Quality Assurance
Mike Tyldesly, Director of Business Development
Wolfgang Müller, Director of Business Development

Mitarbeiter: In der Unternehmenszentrale: 15
In der Gruppe und bei verbundenen Unternehmen: 100

Umsatz: Mehr als 2 Mio CERs (unterzeichnet oder in Verhandlungen),
geschätzter Wert mehr als 40 Mio EUR

Ansprechpartner: Brent Jacot; E-Mail: Brent.Jacot@purecarbon.de
Tel.: +49 (0) 30 - 2123 -0

Leistungsspektrum:

Globale Projektidentifizierung; Co-Entwicklung und -Finanzierung von Minderungsprojekten; ERPA Underwriting; CDM-Prozessmanagement und -Projektqualitätssicherung; CER Lieferisikomanagement und Handel.

Referenzkunden/-projekte:

Mehr als 30 Projekte in Asien sind vertraglich abgesichert. Die Palette der Minderungsprojekte reicht von Biogas über Energieeffizienz bis zu Erneuerbaren Energien.

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie im Emissionsmarkt?

Weltweit entstehen neue CO₂-Handelsplätze. Beispiele dafür sind Australien, Neuseeland und Japan. Der bislang freiwillige US-Markt dürfte sich nach der Präsidentschaftswahl zu einem verpflichtenden Rahmenwerk wandeln. Es wird zudem erwartet, dass China und Indien nach dem Jahr 2012 in verschiedenen Sektoren aktiv werden. In dem Maße, in dem diese neuen Handelsplätze entstehen, sich entwickeln und miteinander vernetzen, wird das Europäische Emissionshandelssystem EU-ETS an Bedeutung noch zunehmen. Derzeit dominiert es den Markt zu 80%. Größere Volumina und eine verbesserte Stabilität werden den Stellenwert des EU-ETS weiter vorantreiben. Vor dem Hintergrund dieser weltweiten Entwicklung verbessert sich auch die Liquidität der EU-ETS Carbon Credits (EUAs, ERUs, CERs) und deren Wert. Die Einbeziehung neuer Bereiche wie der Luft- und Schifffahrt wird die Nachfrage nach Carbon Credits steigern und ihren Wert erhöhen.

Führende Analysten von Deutscher Bank, Point Carbon und Société Générale rechnen mit einem deutlichen Anstieg der Preise für EU-ETS-Credits bis zum Jahr 2020 zwischen 200% und 400%. Diese Prognosen stimmen mit denen unserer eigenen Analysten überein. Die bereits existierende und weiter wachsende Pipeline von mehr als 2 Mio Carbon Credits verschafft PURE vor diesem Hintergrund einen Marktvorteil.

Stellenwert des Geschäftsfeldes Emissionshandel für PURE Carbon:

PURE konzentriert sich auf Entwicklung und Verkauf von Carbon Credits. Stabile Vorgaben für den Emissionshandel sind deshalb für uns überaus wichtig.

Sarkozys entlarvende CO₂-Bilanz

Entlarvt. Frankreichs Staatschef **Nicolas Sarkozy** belastet als Vielflieger die Umwelt so stark wie tausend Normalbürger. Der CO₂-Ausstoß durch Präsidentenreisen habe binnen elf Monaten 7.061 t erreicht, berichtete das Umweltmagazin **Terra Economica**. In die Rechnung seien nur Dienstreisen eingeflossen. In Wirklichkeit liege die Umweltbelastung durch Sarkozy wegen seiner vielen privaten Reisen noch deutlich höher. 2009 dürfte sich die Bilanz noch verschlimmern. Dann reist Sarkozy dienstlich mit einem neuen Airbus A330-300. Wäre dieser schon auf den 300.000 km im vergangenen Jahr eingesetzt worden, hätte dies 13.956 t CO₂ entsprochen. Das Magazin erklärte, es wolle Sarkozy nicht an den Pranger stellen. Wegen seiner Funktion müsse der amtierende EU-Vorsitzende viel reisen. Der Präsident könne aber ruhig ab und zu auf die Bahn umsteigen, sich ein Hybrid-Auto zulegen oder verstärkt Videokonferenzen nutzen.

Impressum

Herausgeber und Verlag: Dow Jones News GmbH, Baseler Arkaden, Wilhelm-Leuschner-Straße 78, 60329 Frankfurt am Main; HRB 58631 Frankfurt
Geschäftsführung: Dr. Matthias Paul, Volker Schneider, Simon Alterman, Tom McGuire und Nate Rogers
Verantwortlich für den Inhalt: Kai Moll, Tel.: +49 (0) 69/297 25 - 420
Klaus Hinkel, Tel.: +49 (0) 69/297 25 - 423
Fax: -440, Internet: www.djnewsletters.de
Abonnenten-Service: service.europe@dowjones.com oder +49(0)69/29725-166
Anzeigen-Verkauf: +49(0)69/29725-163

Dow Jones TradeNews Emissions ist ein Produkt der Dow Jones News GmbH, einer Tochtergesellschaft der Dow Jones International GmbH. Die Business Newsletter stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen sowie bei Charts, Kursen und Preisen auch auf AID. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Erscheinungsweise: 14-täglich

CO₂-Preisüberblick

EUA-Terminmarkt	30.10.	29.10.
ECX Carbon Financial Instrument		
Schlusskurse in EUR/t		
Dezember 2008	18,12	18,45
Umsatz	11.776.000	7.415.000
Dezember 2009	18,70	18,98
Umsatz	6.918.000	3.332.000
Dezember 2010	19,14	19,39
Umsatz	1.132.000	1.443.000
Dezember 2011	19,76	20,00
Umsatz	700.000	1.438.000
Dezember 2012	20,85	21,01
Umsatz	1.087.000	935.000
Dezember 2013	22,52	22,68
Umsatz	-	-
Dezember 2014	23,52	23,68
Umsatz	-	-
ECX Emissions Morning Marker		
Dezember 2008	18,78	17,88
Dezember 2009	19,38	18,41
Dezember 2010	19,77	18,88
ECX Emissions Index		
Dezember 2008	-	18,19
Dezember 2009	-	18,62
Dezember 2010	-	19,04
Umsätze inkl. Exchange for Physical		
EEX European Carbon Futures		
Dezember 2008	18,18	18,50
Umsatz	187.000	451.000
Dezember 2009	18,80	19,05
Umsatz	75.000	-
Dezember 2010	19,15	19,40
Umsatz	-	-
Nord Pool Carbon Contracts		
Dezember 2008	18,40	18,20
Umsatz	71.000	56.000
Dezember 2009	19,00	18,70
Umsatz	20.000	-
Dow Jones CCX		
Europ. Carbon Index	17,90	18,20
EUA-Spotmarkt		
	30.10.	29.10.
Preise in EUR/t		
BlueNext	18,05	18,37
Umsatz	2.505.000	3.773.000
Nord Pool	18,35	18,15
Umsatz	7.000	-
EEX		
Gesamt EEX	-	-
CARBIX	18,13	18,18
Gesamtumsatz	-	-

CER-Terminmarkt	30.10.	29.10.
ECX		
Dezember 2008	15,19	15,69
Umsatz	1.032.000	686.000
Dezember 2009	15,23	15,54
Umsatz	509.000	469.000
Dezember 2010	15,39	15,54
Umsatz	984.000	465.000
Dezember 2011	15,62	15,71
Umsatz	298.000	281.000
Dezember 2012	16,32	16,29
Umsatz	330.000	291.000
OTC		
LEBA Carbon CER Index		
Schlusskurse in EUR/t		
Dezember 2008	15,17	15,52
Umsatz	1.025.000	570.000
Dezember 2009	15,20	15,38
Umsatz	635.000	200.000
Dezember 2010	15,28	15,39
Umsatz	750.000	300.000
Dezember 2011	15,53	15,57
Umsatz	135.000	-
Dezember 2012	16,30	16,20
Umsatz	60.000	-
Strip 08-12	15,50	15,60
Umsatz	-	-
Strip 09-12	15,58	15,64
Umsatz	60.000	390.000
EEX		
Dezember 2008	15,21	15,84
Umsatz	-	-
Dezember 2009	15,24	15,20
Umsatz	-	-
Dezember 2010	15,36	15,20
Umsatz	-	-
Nord Pool		
Dezember 2008	15,30	15,50
Umsatz	-	-
Dezember 2009	15,20	15,35
Umsatz	-	-
Dow Jones CCX		
CER Index	14,69	15,03
CER-Spotmarkt		
	30.10.	29.10.
Blue Next	15,23	15,50
Umsatz	-	10.000

